Burgdorf, 26.02.2025

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **12.12.2024** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/Rat/031

Beginn öffentlicher Teil:	16:03 Uhr	Ende öffentlicher Teil:	19:21 Uhr
Beginn vertraulicher Teil:	19:24 Uhr	Ende vertraulicher Teil:	19:27 Uhr

---

A N W E S E N H E I T :

Ratsvorsitzende

Meinig, Birgit

Bürgermeister

Pollehn, Armin

1. stellv. Bürgermeisterin

Buhndorf, Andrea

2. stellv. Bürgermeisterin

Neitzel, Beate

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert
Baumgarten, Claudia
Birgin, Gurbet
Braun, Hartmut
Degro, Johanna
Fleischmann, Michael
Gawlik, Mario
Gersemann, Christiane
Heller, Simone
Hinz, Gerald
Höfner, Joachim
Kaever, Volkhard, Dr.
Kicza, Tanja
Köneke, Klaus
Müller, Malte
Nijenhof, Rüdiger
Paul, Matthias
Paul, Susanne
Peisker, Niklas
Schweer, Cord-Heinrich
Sieke, Oliver
Steinbeck-Behrens, Cord, Dr.
Sund, Björn
Thieleking, Ariane
Vehling, Karl-Heinz, Dr.
Voß, Gabriele
Wendt, Jörgen

Verwaltung

Giere, Janna

Hammermeister, Lars
Kugel, Michael
Piel, Anja
Raue, Nicole
Vierke, Silke

T A G E S O R D N U N G

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Rates

2.1. Protokoll des Rates vom 24.10.2024

2.2. Protokoll des Rates vom 07.11.2024

2.3. Protokoll des Rates vom 21.11.2024

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

4. Verzicht des Ratsmitgliedes Gurbet Birgin auf ihre Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2024 0938

5. Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters Weferlingsen
Vorlage: BV 2024 0924

6. Ausschussbesetzung - Benennung von Mitgliedern
Vorlage: BV 2024 0934

6.1. Ausschussbesetzung - Benennung von Mitgliedern
Vorlage: BV 2024 0934/1

7. Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege in der Stadt Burgdorf 2024-2025
Vorlage: BV 2024 0811

8. Burgdorf - 1. urkundliche Erwähnung
Vorlage: BV 2024 0816

8.1. Burgdorf - 1. urkundliche Erwähnung
Vorlage: BV 2024 0816/1

9. Mehrbedarf AWO Frauenberatungsstelle
Vorlage: BV 2024 0931

10. Änderungsantrag zur BV 2024 0877
Investitionsprogramm 2025 bis 2029
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: A 2024 0937

Haushaltsreden der Fraktionen

11. Bereitstellung von drei Stellen für die Wirtschaftsförderung über den Stellenplan 2025/2026 - Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: A 2024 0881/3

12. Entwurf Haushaltssatzung 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0873

12.1. Entwurf Haushaltssatzung 2025/2026 - 2. Änderungsliste
Vorlage: BV 2024 0873/2

13. Entwurf Investitionsprogramm 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0877

13.1. Entwurf Investitionsprogramm 2025/2026 - Ergänzung
Vorlage: BV 2024 0877/1

14. Stellenplan 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0881

14.1. Stellenplan 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0881/1

14.2. Stellenplan 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0881/2

15. Haushaltssicherungskonzept 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0926

16. Leistungen von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
Vorlage: BV 2024 0932

17. Prüfung von Klagemöglichkeiten gegen das Land Niedersachsen auf kostendeckende Aufgabenübertragung - Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: A 2024 0936

17.1. Prüfung von Klagemöglichkeiten gegen das Land Niedersachsen auf kostendeckende Aufgabenübertragung - Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: BV 2024 0936/1

18. Antrag der Gruppe WGS FreieBurgdorfer „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“ vom 16.05.2023
Vorlage: A 2023 0391/2

19. Resolution gegen Gewalt in Flüchtlingsunterkünften - Antrag der Fraktion die Linke
Vorlage: A 2024 0915

19.1. Resolution gegen Gewalt in Flüchtlingsunterkünften - Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 03.12.2024
Vorlage: A 2024 0915/2

19.2. Resolution gegen Gewalt in Flüchtlingsunterkünften - Antrag der Fraktion die Linke
Vorlage: BV 2024 0915/1

20. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Ratsvorsitzende Meinig weist darauf hin, dass die Ratssitzungen, einschließlich der Einwohnerfragestunden, mitgeschnitten werden. Diese Tonaufnahmen erfolgen ausschließlich zur Protokollierung der Sitzung. Es findet keine Veröffentlichung und Speicherung statt. Die Löschung erfolgt jeweils nach Genehmigung des Protokolls.

Ein **Mitglied des Seniorenrates** nutzt die Einwohnerfragestunde, um sich für die gute Zusammenarbeit zwischen Rat, Verwaltung und Seniorenrat zu bedanken.

Fragen werden nicht gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ratsvorsitzende Meinig eröffnet um 16:03 Uhr die Ratssitzung und begrüßt die Ehrenratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Verwaltungsmitarbeitenden sowie die Presse.

Ratsvorsitzende Meinig bedauert mitteilen zu müssen, dass der Bürgermedaillenträger Bernd Gessert vergangene Nacht verstorben ist. Sie bittet die Anwesenden, sich zu einer Schweigeminute zu erheben und ihm zu gedenken.

Die Anwesenden erheben sich zu einer Gedenkminute für Herrn Bernd Gessert.

Ratsvorsitzende Meinig berichtet über die zurzeit im Ratssaal ausgestellten Bilder.

Ratsvorsitzende Meinig richtet Glückwünsche an Jens Braun, der seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatte.

Ratsvorsitzende Meinig teilt mit, die Ratsfrauen Lilienthal und Thöner sowie die Ratsherren Bierkamp und Jens Braun haben sich entschuldigen lassen. Die Ratsherren Dr. Vehling und Apel haben angekündigt, die Sitzung eher verlassen zu müssen.

Ratsvorsitzende Meinig stellt nach ordnungsgemäßer Ladung die Beschlussfähigkeit fest.

Ratsvorsitzende Meinig weist auf die Ergänzungseinladung vom 04.12.2024 hin. Weiter bestehe die Empfehlung, die Tagesordnung darüber hinaus um die Vorlagen

6.1 Ausschussbesetzung - Benennung von Mitgliedern
Vorlage: BV 2024 0934/1

12.1 Entwurf Investitionsprogramm 2025 / 2026- Ergänzung
Vorlage: BV 2024 0877/1

16.1 Prüfung von Klagemöglichkeiten gegen das Land Niedersachsen auf kostendeckende Aufgabenübertragung - Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: BV 2024 0936/1

zu ergänzen. In den Ergänzungsvorlagen wurden sowohl die letzten Änderungen als auch die Beschlussempfehlungen der einzelnen Ausschüsse erfasst.

Des Weiteren besteht die Empfehlung, die Tagesordnungspunkte

2.3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzungen des Rates am 21.11.2024

17. Antrag der Gruppe WGS FreieBurgdorfer „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!"
Vorlage: A 2023 0391/2

18. bis 18.2 Resolution gegen Gewalt in Flüchtlingsunterkünften - Antrag der Fraktion die Linke
Vorlage: A 2024 0915
Vorlage: A 2024 0915/2
Vorlage: BV 2024 0915/1

von der Tagesordnung abzusetzen. Das Protokoll vom 21.11.2024 liegt noch nicht vor. Hinsichtlich der Anträge besteht weitergehender Beratungsbedarf in den Fachausschüssen. Um Vertagung des Antrags der Gruppe „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!" wurde seitens der antragstellenden Fraktion gebeten.

Ratsherr Nijenhof bittet unter Tagesordnungspunkt 6.1 die Benennung von Frau Dörte Probst (bislang: Gero von Oettingen) als Vertreterin der Wohlfahrtsverbände im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie zu ergänzen.

Der Rat fasst mit 31 Ja-Stimmen einstimmig folgenden.

Beschluss:
Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen angenommen.

2. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Rates

2.1. Protokoll des Rates vom 24.10.2024

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:
Das Protokoll der Sitzung des Rates vom 24.10.2024 wird genehmigt.

2.2. Protokoll des Rates vom 07.11.2024

Der Rat fasst mit 21 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen folgenden

<u>Beschluss:</u>
Das Protokoll der Sitzung des Rates vom 07.11.2024 wird genehmigt.

2.3. Protokoll des Rates vom 21.11.2024

- vertagt -

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

- keine -

4. Verzicht des Ratsmitgliedes Gurbet Birgin auf ihre Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf Vorlage: BV 2024 0938

Ratsvorsitzende Meinig gibt das Wort an Ratsfrau Birgin.

Ratsfrau Birgin falle es nicht leicht, dieses Amt aufzugeben. Die Arbeit in dem Ausschuss sowie die Zeit als Ausschussvorsitzende seien von positiven Erfahrungen und tiefen Einblicken in politische Prozesse geprägt gewesen. Dabei habe sie miterleben dürfen, wie wichtige Entscheidungen getroffen werden und das Leben in der Stadt Burgdorf aktiv mitgestaltet werden kann. Aufgrund einer neuen beruflichen Ausrichtung und ihrer persönlichen Situation sei es ihr nicht mehr möglich, die Aufgabenfülle den eigenen Ansprüchen gerecht zu erfüllen. Für die vergangenen Jahre spricht sie der Verwaltung und dem Bürgermeister sowie besonders ihrer Fraktion und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Burgdorf ihren Dank aus. Für die Zukunft wünsche sie dem Rat alles Gute.

Der Rat fasst mit 31 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

<u>Beschluss</u>:
Es wird festgestellt, dass die Voraussetzungen zur Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsmitgliedes Gurbet Birgin im Rat der Stadt Burgdorf mit Wirkung zum 31.12.2024 vorliegen (§ 52 Abs. 2 i. V. m. mit § 51 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG).

Bürgermeister Pollehn dankt Frau Birgin für ihren langjährigen Einsatz, vor allem im sozialen Bereich. Dabei hebt er hervor, dass Frau Birgin bereits in ihrem jungen Alter schon viele Jahre im Rat der Stadt Burgdorf mitgewirkt hat. Er bedaure sie als Ausschussvorsitzende zu verlieren. **Bürgermeister Pollehn** verliest die Urkunde und überreicht diese zusammen mit Blumen und einem Präsent an Frau Birgin.

Ratsvorsitzende Meinig schließt sich an und spricht ebenfalls ihren Dank aus.

Ratsherr Apel blickt zurück zu dem Zeitpunkt, an dem er Frau Birgin kennenlernen durfte. Diese habe sich als 19-jährige mit dem Ziel bei ihm gemeldet, sich politisch engagieren zu wollen. Aus diesem jungen Engagement seien nun 13 Jahre geworden, in denen sich Frau Birgin zum Wohle der Gemeinschaft eingesetzt habe. Dabei lobt er insbesondere ihren Einsatz für die von Gewalt und Verfolgung bedrohten Jesidinnen und ihre Art, diese und ähnliche Proble-

matiken auch den älteren Herren der Politik verständlich zu machen. Dabei habe sie immer „abgeliefert" und auch Konflikte nicht gescheut. So seien die Fortschritte im Bereich der Integrationsarbeit zu einem guten Teil auch ihr Verdienst. Die Fraktion sei stolz auf sie und lasse sie nur ungerne gehen.

Ratsherr Apel und **2. stellv. Bürgermeisterin Neitzel** überreichen im Namen der Fraktion weitere Präsente und Blumen.

5. Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters Weferlingsen Vorlage: BV 2024 0924

2. stellv. Bürgermeisterin Neitzel erläutert, vor einer Benennung zum Ortsbrandmeister seien einige Lehrgänge zu absolvieren. Diese habe Herr Oelze alle erfolgreich bestanden. Sie hoffe auf eine einstimmige Beschlussfassung.

Der Rat fasst mit 31 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss:
Herr Maximilian Oelze wird mit Wirkung zum 1. Januar 2025 für die Dauer von sechs Jahren (bis zum 31.12.2030) in das Ehrenbeamtenverhältnis zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Weferlingsen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf ernannt.

6. Ausschussbesetzung - Benennung von Mitgliedern Vorlage: BV 2024 0934

Die Tagesordnungspunkte 6 und 6.1 werden gemeinsam behandelt.

6.1. Ausschussbesetzung - Benennung von Mitgliedern Vorlage: BV 2024 0934/1

Ratsvorsitzende Meinig weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag um die Benennung von Frau Dörte Probst in den Ausschuss für Jugendhilfe und Familie ergänzt wird und bittet um Abstimmung.

Der Rat fasst mit 31 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie wird

Herr Jan Gundlach (bisher: Anja Borrmann)

zum stimmberechtigten Mitglied als Vertreter der Jugendverbände

sowie

Frau Dörte Probst (bisher: Gero von Oettingen)

zum stimmberechtigten Mitglied als Vertreterin der Wohlfahrtsverbände

benannt.

2. Im Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung wird

Frau Katharina Thalemann (bisher: Reinhard Bielefeld)

zum beratenden Mitglied benannt.

3. In den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport werden

Lana-Sophie Wendland als Schülervertreterin und

Denis Pamukcu als Schülervertreter

für die Dauer der Schuljahre 2024/2025 und 2025/2026 berufen.

Die Zusammensetzung der Ausschüsse wird gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG, wie in der <u>Anlage 1</u> dargestellt, festgestellt.

7. Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege in der Stadt Burgdorf 2024-2025 Vorlage: BV 2024 0811

Beigeordnete Gersemann führt aus, die Familienpolitik gehöre zu den Politikfeldern, in denen Entscheidungen weit in die Zukunft der Kommune reichten. Kinder im Alter von eins bis sechs Jahren haben Anspruch auf eine qualifizierte Betreuung und es sei nicht leicht, diesem Anspruch immer gerecht zu werden. Dabei mute der Gesetzgeber den Kommunen allerhand zu. Hier sei es falsch den Eindruck zu vermitteln, diese Aufgabe sei eine Last. Der Tenor einiger Äußerungen in der jüngsten Zeit hätten sie dazu bewegt daran zu erinnern, dass Demokraten in der Vergangenheit lange für diese Rechte und Kompetenzen gekämpft haben. Dabei sei immer deutlich gewesen, dass damit auch große Herausforderungen einhergehen würden. Umso erfreuter sei sie daher, dass die Stadt Burgdorf es zum Jahre 2026 schaffen werde, allen Kindern einen Platz in einer Kindertagesstätte oder einer Krippe anbieten zu können. Dadurch könne in Burgdorf ein Rahmen geschaffen werden, in denen junge Menschen in ihrer Entwicklung, ihren Fähigkeiten und ihren Kompetenzen gefördert werden. Es brauche nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, um sichere Zukunft gestalten zu können. Die vorliegende Planung sei ein verlässlicher Begleiter für den kommenden Weg und sie wirbt für Zustimmung.

Der Rat fasst mit 31 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

<u>Beschluss</u>:
In Fortschreibung der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege in der Stadt Burgdorf 2023 (Vorlage BV 2023 0489) werden das vorhandene Angebot an Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegeplätzen sowie der Bedarf und der weitere erforderliche Ausbau gem. der Anlage zu dieser Vorlage festgestellt.
Die in der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege 2024/2025 aufgeführten Maßnahmen werden beschlossen:

- **Unter dem Gesichtspunkt der Kinderzahlenentwicklung und der Umsetzung der Maßgaben von BV 2024 0725 (Qualitätssteigerung durch Gruppenreduzierung) wird der Ausbau der bestehenden *und* bereits geplanten Krippenkapazitäten um zusätzliche 30 Plätze (2 Gruppen) vorangetrieben.**
- **Unter dem Gesichtspunkt der Kinderzahlenentwicklung und der Betreuung auswärtiger Kinder wird aktuell kein weiterer, über die bisherigen Planungen hinausgehender Ausbau der Kindergartenkapazitäten vorangetrieben. Unter dem Gesichtspunkt der Entlastung bestehender Einrichtungen sowie der Planung von baulicher Ertüchtigung bestehender Einrichtungen wird im Einzelfall ein weiterer Ausbau geprüft, sofern sich hierfür günstige Ausbaugelegenheiten ergeben.**
- **Der Hortausbau wird vorerst nicht weiter betrieben. Sofern sich ergibt, dass der Ganztagsanspruch im Grundschulalter in Niedersachsen vorrangig über Hortangebot zu erfüllen ist, werden die Planungen diesbezüglich vorangetrieben.**

Eine Ausfertigung der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege 2024/2025 wird zum Bestandteil des Originalprotokolls erklärt (Anlage A).

8. Burgdorf - 1. urkundliche Erwähnung
Vorlage: BV 2024 0816

Die Tagesordnungspunkte 8 und 8.1 werden gemeinsam behandelt.

8.1. Burgdorf - 1. urkundliche Erwähnung
Vorlage: BV 2024 0816/1

Beigeordneter Braun berichtet von dem interessanten Zusammentreffen von Wissenschaftlern und Politikern im Rahmen der Beratungen zu dieser Vorlage. So seien sich die Wissenschaftler nicht ganz einig und es habe sowohl für das Jahr 1277 als auch für 1279 Hinweise auf die Gründung Burgdorfs gegeben. Im Ausschuss seien die unterschiedlichen Ansichten vorgetragen worden und eine Lösung schien schwer zu finden. Die Politik habe sodann den Vorschlag unterbreitet, hier die goldene Mitte, nämlich das Jahr 1278 festzulegen. Damit hätten sich überraschenderweise auch die Wissenschaftler einverstanden gezeigt. So sei nun der Beschlussvorschlag entstanden, dass Gründungsjahr der Stadt Burgdorf auf das Jahr 1278 zu setzen.

Ratsherr Fleischmann findet, diese Frage sei von Laien kaum zu beantworten. Er sehe sich zumindest nicht in der Lage und werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Ratsherr Gawlik kündigt an, er werde die Vorlage ablehnen. Es gebe keine Unterlagen, aus denen er sich eine Meinung bilden könne. Es würden zwar unterschiedliche Positionen zu dem Gründungsjahr vertreten, die Nachweise seien jedoch alle im Bombenhagel 1944 untergegangen. Für ihn sei relevanter, wann das letzte Jubiläum gefeiert wurde. Er plädiert deshalb dafür, die 700-Jahr-Feier als Ausgangspunkt für weitere Stadtjubiläen zu nutzen.

Ratsherr Nijenhof schließt sich dem an. Es gebe zwar Hinweise auf die Gründung in den Jahren 1277 und 1279, genau wisse dies aber niemand. Für das Jahr 1278 lägen wiederrum keine Hinweise vor. Auch empfinde er den

Beschlussvorschlag als falsch, denn es könne kaum politisch beschlossen werden, wann Burgdorf einst gegründet wurde.

Bürgermeister Pollehn kann die vielen Überlegungen nachvollziehen, würde sich aber einen Abschluss des Themas wünschen. Diese Frage konnte schon nicht zur 700-Jahr-Feier mit Sicherheit beantwortet werden und so verhalte es sich noch heute. Experten hätten sowohl Hinweise für das Jahr 1278 als auch für das Jahr 1279 angeführt. Eine heutige Festlegung auf eines dieser Daten würde über kurz oder lang vermutlich zu neuen Diskussionen führen. Diesmal bestand jedoch auch von Seiten der Experten die Bereitschaft, dem dazwischenliegende Jahr 1278 als Gründungsjahr zuzustimmen.

Ratsherr Paul findet den Beschlussvorschlag ebenfalls schwierig und beantragt den Satz „Als Jahr der ersten schriftlichen Erwähnung Burgdorfs wird zukünftig 1278 angenommen und entsprechend kommuniziert." im Beschlussvorschlag zu streichen.

Beigeordneter Sieke teilt mit, die CDU-Fraktion werde sich der Meinung der Experten anschließen und der Vorlage zustimmen.

Ratsvorsitzende Meinig lässt zunächst über den Antrag von Ratsherrn Paul abstimmen, den ersten Satz zu streichen.

Der Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen, fünf Gegenstimmen und drei Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Als nächstes lässt **Ratsvorsitzende Meinig** über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und drei Enthaltungen mehrheitlich folgenden

<u>Beschluss</u>:
Die Feierlichkeiten für das 750jährige Jubiläum Burgdorfs werden für 2028 vorbereitet.

9. Mehrbedarf AWO Frauenberatungsstelle
Vorlage: BV 2024 0931

Ratsfrau Paul ist während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 30 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

<u>Beschluss</u>:

Für die AWO Frauenberatungsstelle werden ab dem Jahr 2025 zusätzliche Mittel in Höhe von 7.578,58 € jährlich bereitgestellt, vorausgesetzt, dass eine Ergänzungsvereinbarung mit den vertragsangehörigen Kommunen geschlossen wird.

10. Änderungsantrag zur BV 2024 0877
Investitionsprogramm 2025 bis 2029
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: A 2024 0937

Ratsvorsitzende Meinig gibt das Wort an Herrn Dr. Vehling.

Ratsherr Dr. Vehling verweist auf die vielen Themen, die maßgeblich die Zukunft Burgdorfs beeinflussen. Dabei sei wichtig zu wissen, wie Burgdorf zukünftig finanziell besser aufgestellt werden kann. Der Verkehrsversuch habe dabei eine Achillessehne der Stadt offenbart. Nämlich die Eigenschaft, auch bei den Menschen aus der Umgebung als attraktive Einkaufsstadt zu gelten. Der Verkehrsversuch in der Marktstraße hätte viele Menschen vor einem Besuch in Burgdorf abgeschreckt. Aber auch die letzten 40, 50 Jahre habe es keine nennenswerten Investitionen in der Innenstadt gegeben und der Spittaplatz verkörpere diese Unattraktivität in besonderer Weise. Mittlerweile habe es viele Workshops und Gespräche gegeben, wie die Attraktivität der Innenstadt gesteigert werden könnte. Erste Ideen seien mit dem Stadtentwicklungskonzept geboren worden und dabei sei deutlich geworden, dass es zentrale Plätze brauche, um Menschen zum Verweilen und Konsumieren anzuregen. Daraus sei die Idee entstanden, den Schlossplatz zur neuen Burgdorfer Mitte mit Behörden, Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie und einem direkten Anschluss an den Stadtpark zu entwickeln. Damit würde die Kundenfrequenz von der Marktstraße mehr zum Schloss hingezogen. Die Fachwerkgebäude in der Markstraße böten zwar viel Gemütlichkeit, Einzelhändler könnten sich in neueren Immobilien jedoch besser entfalten. Daher sei es wichtig Investoren zu finden und Handel und Gastronomie anzusiedeln. Burgdorf müsse wieder attraktiv für Menschen aus Burgdorf und Außerhalb werden. Daher bittet er im Sinne der Burgdorfer Bürgerinnen und Bürger um Zustimmung.

Ratsherr Paul erinnert daran, dass gerade erst das Konzept zur Innenstadtsanierung aufgestellt wurde und möchte als Ausschussvorsitzender tunlichst bitten, Querschüsse zu unterlassen. Es seien nicht die nötigen Kapazitäten für ein solches Projekt vorhanden. Diese Anregungen hätte im Rahmen der Innenstadtsanierung zu einem früheren Zeitpunkt angebracht werden müssen. Auch sei fraglich, was mit der Gastronomie in einem solchen Szenario geschehe. Das Thema könne gerne irgendwann näher betrachtet werden, aber jetzt noch nicht.

Ratsvorsitzende Meinig teilt mit, der Verwaltungsausschuss hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, den Antrag abzulehnen und bittet um Abstimmung.

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen mehrheitlich folgenden

Beschluss:
Der Antrag der FDP-Fraktion, über das Investitionsprogramm 2025 bis 2029 werden 100.000 € im Jahr 2025 für die Planung der neuen „Burgdorfer Mitte" bereitgestellt, wird abgelehnt.

Haushaltsreden der Fraktionen

Die Tagesordnungspunkte 11 – 13.3 werden gemeinsam behandelt.

Ratsvorsitzende Meinig weist darauf hin, die Geschäftsordnung sieht bei der Aussprache über den Haushaltsplan eine Redezeitbegrenzung auf maximal 15 Minuten je Fraktionssprecher*in vor.

Die Haushaltsrede des **Beigeordneten Hinz** ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Bürgermeister Pollehn räumt ein, dass symbolische „rote Licht" sei ihm durchaus bewusst gewesen. Doch nicht er, sondern der Rat habe die Entscheidungen getroffen. Er als Bürgermeister habe diese Entscheidungen sodann pflichtgemäß umgesetzt. Natürlich sei die Entwicklung der Nettoposition unerfreulich. Dennoch werde mit den Entscheidungen vergangener Investitionen auch das Vermögen der Stadt erhöht. Damit bleibe die Verwaltung immer noch im AAA+ Ranking der Banken. Auch das Land Niedersachsen werde hier keine Steine in den Weg legen. Viel wichtiger sei die Frage, ob investiert werden soll oder nicht. Und zurzeit investiere die Stadt Burgdorf, wie noch nie. Auch dürfe es nicht um Schuldzuweisungen gehen, sondern darum, wie es besser gemacht werden kann. Beigeordnete Gersemann hat zu Tagesordnungspunkt 6 erst deutlich gemacht, wie wichtig die Förderung von Familien ist und dass hierfür auch Geld ausgegeben werden müsse. Er selbst sei froh und dankbar für die zuletzt getätigten Investitionen. Vor zwei Jahren habe die Verwaltung kaum die Betreuungsplätze sicherstellen können. Nun sei die Stadt Burgdorf schon in zwei Jahren in der Lage, allen Kindern in Burgdorf Kitaplätze anbieten zu können. Bei den Personalkosten habe sich der Rat darauf verständig, dass die Gehaltserhöhungen aus der Tarifrunde irgendwie aufgefangen werden müssten. Unerwähnt ließ Beigeordneter Hinz aber, dass Personal in der heutigen Zeit nicht mehr reduziert, sondern gehalten und neues qualifiziertes Personal gefunden werden müsse. Dies sei gerade bei Mitarbeitenden in den Kindertagesstätten nicht einfach. Auch hier stehe die Stadt Burgdorf gut da, während andere Kommunen bis heute nicht über ausreichend Personal in den Kitas verfügten. Es bleibe natürlich die Frage nach der Finanzierung und wie die Schulden wieder abgebaut werden können. Zur Wohnungssituation führt **Bürgermeister Pollehn** aus, die Wohnungsgesellschaften würden sich scheuen neue Projekte anzugehen, da Baumittel, Energiekosten und bürokratische Prozesse die Bauunternehmen überforderten. Dennoch konnte zumindest im Marris-Mühlen-Weg ein Wohnprojekt gestartet werden. Abschließend räumt er ein, den Verkehrsversuch hätte die Stadt Burgdorf nicht unternehmen sollen. Dadurch sei die Verkehrsbehörde der Region erst auf die Markstraße aufmerksam geworden und er bezweifelt, dass die alte Verkehrsführung je wiederhergestellt werden kann.

Ratsherr Köneke zeigt das rund 460 Seiten starke Exemplar des Haushaltsentwurfes der Stadt Burgdorf für die Jahre 2025/2026. Die Einbringung von Frau Vierke und die darin genannten Zahlen hätten ihn zunächst erschüttert. Er wolle sich daher auf den Ergebnishaushalt konzentrieren und lasse den Finanzhaushalt außen vor. Hier seien ihm insbesondere bei den Sach- und Dienstleistungen sowie bei den Transferleistungen „Sprünge" aufgefallen, die er sich telefonisch von der Verwaltung habe erklären lassen. Er würde sich für den nächsten Haushalt wünschen, dass hier mehr Erläuterungen erfolgen, so dass nicht umständlich nachgefragt werden muss. Das ordentliche Ergebnis liege bei ungefähr 30 Millionen Euro im Minus. So große Defizite brächten mit sich, dass Rat und Verwaltung sich auf das Wesentliche konzentrieren müssen. Bei einigen Punkten hätte die CDU-Fraktion sich eine Verschiebung in das nächste Jahr gewünscht, was leider von den anderen Fraktionen nicht mitgetragen worden sei. Der Haushaltsplan verpflichte die Verwaltung aber nicht, die angesetzten Mittel auszugeben. So seien z.B. im Haushaltsjahr 2024 die Personalkosten um rund 1,2 Millionen Euro unterschritten worden. Ebenso seien für Sach- und Dienstleistungen um die 3,4 Millionen Euro weniger ausgegeben worden, als einplant waren. Die Verwaltung sei somit schon bemüht zu sparen. Nun müsse sich die Einnahmeseite genauer angeschaut werden. Hier halte er die Prognosen für relativ gut, erinnert aber auch an die Schlüsselzahl

für die Einkommenssteuer. Die Einnahmen daraus seien deutlich höher, als die Gewerbe- und Grundsteuereinnahmen. Die Schlüsselzahl bestimme dabei den Anteil der Einkommenssteuer, den die Stadt Burgdorf vom Land Niedersachsen erhalte. Diese liege zurzeit bei 4,3, was die niedrigste Schlüsselzahl sei, an die er sich erinnern könne. Die Schlüsselzahl könne erhöht werden, wenn mehr Mitglieder in der Gesellschaft in Beschäftigung seien. Es müssten somit Anreize geschaffen werden, um mehr Menschen mit Erwerbstätigkeit nach Burgdorf zu locken. Er wolle keinesfalls gegen den sozialen Wohnungsbau sprechen, jedoch führe ein zu viel an sozialem Wohnungsbau ebenfalls zu einem Absinken der Schlüsselzahl. So solle vorher genau geschaut werden, welcher Anteil sozialen Wohnungsbaus tatsächlich benötigt werde.

Die größten Aufwandsblöcke bilden das Produkt Schule und Kultur sowie das Produkt Soziales und Jugend. Dort entstünden auch die wesentlichen Personalkosten. Auch werde hier deutlich, dass durch höhere Investitionen auch die Aufwendungen für Abschreibungen in den Schulen steigen. Ebenso verhalte es sich bei den Kitas. Bei einer Zusammenstellung der städtischen Betreuungskosten sei ihm bewusst geworden: Ja, Investitionen in Kinder sind wichtig. Dennoch müsse auch an die Kosten gedacht werden. Dabei sei aufgefallen, dass nicht alle Kitas zu 100 % ausgelastet seien. Es gebe Kitas, die Betreuungsquoten von nur 84 % oder gar 78 % aufwiesen. Laut Kitabedarfsplanung seien noch Krippenplätze einzuplanen, Kindertagesstätten würden dagegen nicht mehr benötigt. Dennoch werde neben den drei geplanten Kitas im Fröbelweg, im Ostlandring und in der St. Nikolaus-Gemeinde, plötzlich, in einer schnellen Entscheidung und ohne viel Beratung, eine weitere Kindertagesstätte in Otze geplant. Dafür dürften keinesfalls städtische Kitas geschlossen werden. Vor allem dann nicht, wenn diese für die Stadt Burgdorf günstiger sind, als die von freien Trägern betriebenen Kitas. Hier könne noch nachgesteuert werden. Die Doppik gebe der Verwaltung mehr Verantwortung und er gehe davon aus, die Verwaltung werde diese Verantwortung ernst nehmen. Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Ratsherr Apel verlässt, wie angekündigt, die Sitzung.

Die Haushaltsrede der **Beigeordneten Heller** ist dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt.

Ratsherr Nijenhof erläutert den Aufbau des Haushaltsplans. Er habe gelernt, wie solche Haushaltspläne zu lesen seien, trotzdem sage ihm dieser Plan nicht viel. Auch er wünsche sich mehr Erläuterungen. Der Haushalt für den Bereich Brandschutz sei gut nachvollziehbar, bei dem Rest könne höchstens nach größeren Abweichungen gesucht und bei der Verwaltung nachgefragt werden. Dabei bilde dieser heute zu beschließende Plan die Basis für die Verwaltungsarbeit der nächsten zwei Jahre.
Alles, was hier jetzt nicht enthalten sei, bedürfe eines gesonderten Beschlusses. Ein Haushalt sei dabei immer von Vertrauen getragen. Hier möchte er besonders die Arbeit der Abteilung Familien und Kinder loben, die zuletzt eine sehr gute Arbeit geleistet habe. Die Fraktion WGS FreieBurgdorfer werde allerdings gegen den Haushalt stimmen. Denn in einem Punkt stimme er Beigeordnetem Hinz zu, die Haushaltsreden der letzten Haushaltsdebatten hätten sich einfach wiederholen lassen. Seine Fraktion hätte außerdem deutlich andere Prioritäten. Seine Fraktion sei u. a. sehr unglücklich darüber, dass der Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule zwar beschlossen wurde, dann aber so lange verzögert worden sei, dass heute im Projektplan nicht mal mehr ein Datum für die Umsetzung enthalten sei. Die Mittel wurden schlicht nicht abgerufen. Heute heiße es, der Neubau sei nicht mehr notwendig, da die Schule mittlerweile wieder in einem ordentlichen Zustand sei. Das sehe er gänzlich

anders. Aber der neue Bauhof scheine wichtiger zu sein. Er kritisiert weiter die vielen Gebäude, die zurzeit leer stünden und nur Geld kosteten. Hier hätte es viel frühzeitiger Nachnutzungskonzepte geben müssen. Dabei habe es zunächst geheißen, wenn diese leer stünden, könne damit Stadtentwicklung betrieben werden. Hierfür hätten auch erhebliche Förderungen abgegriffen werden können. Es sei zu lange gezögert worden und schließlich seien die Fördertöpfe erschöpft gewesen. Auch verwundere ihn, dass die Reparatur des Wicken-Thies-Brunnens plötzlich möglich sei, nur weil der zuständige Mitarbeiter auf eine andere Stelle wechsele. Dies wirke außerordentlich merkwürdig. Plötzlich sei nun nicht mehr von ein paar hunderttausend Euro Reparaturkosten die Rede, sondern nur noch von einer kleinen 4-stelligen Summe. Ebenso finde er kritisierungswürdig, dass vor Beginn des Verkehrsversuchs nicht mit der Region gesprochen wurde, was im Falle eines Abbruches erfolgen würde. Plötzlich habe der Rat vor der Situation gestanden, dass der Verkehrsversuch nicht rückgängig zu machen sei. Und zu allem Übel sei die Information über den Abbruch auch noch über die Tageszeitung erfolgt. Überhaupt erfahre er aus Zeitungen inzwischen mehr, als über die von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Vorlagen und er fragt sich, woher das Vertrauen in die Verwaltung so kommen soll. Warum habe die Verwaltung keine Fördermittel für den Verkehrsversuch beantragt, wie die Gemeinde Uetze dies getan habe? Zum Abschluss führt er ein Zitat Bismarcks an, wonach mit schlechten Gesetzen und guten Beamten immer noch gut regiert werden könne. Für Burgdorf sei dieses Zitat dahingehend abwandelbar, dass mit schlechten Beamten die besten Ratsbeschlüsse nicht helfen würden. Er habe das Gefühl, Beschlüsse würden schlicht übergangen, wenn diese der Verwaltung nicht passten und ihm sei nicht klar, wie so Vertrauen zurückgewonnen werden kann.

Bürgermeister Pollehn widerspricht und kritisiert die Unterstellung des Ratsherrn Nijenhofs, sein Mitarbeiter habe die kostengünstigere Reparatur des Brunnens nur aufgrund persönlicher Abhängigkeiten aufgezeigt. Es sei eine Sache gegen den Bürgermeister zu sprechen, aber Angriffe gegen seine Mitarbeitenden bittet er in öffentlichen Sitzungen zu unterlassen. Auch der Rat trage die Verantwortung dafür, dass die Mitarbeitenden der Stadt in einem guten Vertrauensverhältnis zu ihrem Arbeitgeber stehen. Dieses gilt ebenso für das Pauschalurteil, hier würden Anträge und Beschlüsse bewusst nicht umgesetzt. Es müsse doch jedem klar sein, dass nicht alle großen Projekte gleichzeitig umgesetzt werden können. Dafür seien Prioritäten gesetzt und im Projektcontrolling festgehalten worden.

An Ratsfrau Heller gerichtet weist er den Vorwurf zurück, er sei der Verhinderer der Burgdorf GmbH. Nicht er habe blockiert, sondern die SPD-Fraktion. Es habe scheinbar die Angst bestanden, der Bürgermeister erhalte zu viele Befugnisse in der Burgdorf GmbH. Gespräche mit der Unternehmensberatung hätten klar aufgezeigt, wie bei der Einrichtung der Burgdorf GmbH vorgegangen werden sollte. Letztlich sei aber sowohl die Beiratslösung, als auch der Investor selbst abgelehnt worden. Viele Gespräche seien geführt worden, ohne letztendlich eine Lösung zu finden. Daher könne er die Kritik nicht auf sich beziehen. Mit der Burgdorf GmbH hätte die Stadtentwicklung weiter vorangetrieben werden können.

Ratsherr Nijenhof meldet sich, um eine persönliche Erklärung abzugeben. Er könne die Behauptung des Bürgermeisters so nicht stehen lassen. Denn Fakt sei, erst habe der Bürgermeister behauptet der Brunnen sei nicht zu reparieren und müsse weg, jetzt nach Jahren solle es plötzlich doch möglich sein. Von den Aussagen des Bürgermeisters zur Burgdorf GmbH könne er keine einzige unterschreiben. Er habe den Prozess gänzlich anders erlebt. Das einzige, dem er zustimme könne, sei, dass er den Bürgermeister nicht alleine in das Gremi-

um der Burgdorf GmbH entsenden wolle. Daher bestand der Vorschlag, ein weiteres Ratsmitglied zu entsenden.

Ratsherr Fleischmann kritisiert, es sei wieder genau das eingetreten, wovor er lange gewarnt habe. Er erläutert die Fehlbeträge der kommenden Jahre. Alleine für die Zinsen müsse die Stadt rund 4 Millionen Euro aufwenden, für die Tilgung weitere 8,4 Millionen jedes Jahr. Fast 13 Millionen Euro nur für Zins und Tilgung jedes Jahr. Dabei werde hier der Anschein erweckt, es wäre alles von außen auf die Verwaltung eingestürmt. Natürlich sei die Aufgabenübertragung von Bund und Land ohne Gegenfinanzierung nicht in Ordnung, dieses Problem gebe es jedoch schon seit 30 Jahren. In Burgdorf habe es aber auch Investitionen gegeben, die nicht hätten sein müssen. So habe sich nicht mal die Landeshauptstadt Hannover eine Schule in der Größenordnung der neuen Rudolf-Bembenneck-Gesamtschule (RBG) geleistet. Diese Haushaltssituation könne beinahe mit einem Arbeitslosen verglichen werden, der sich einen Porsche kauft. Dann sei mit dem Bauhofneubau noch einer draufgesattelt worden. Doch wenn kein Geld vorhanden ist, wie sollen diese Investitionen dann gezahlt werden? Und dann stehe nicht mal fest, was mit den leerstehenden Gebäuden passieren soll, wenn die Neubauten bezogen werden. Eine verantwortungsvolle Verwaltung hätte dies vorher durchgerechnet und Leerstände vermieden. Auch Gewerbesteuereinnahmen würden dringend benötigt, doch die Wirtschaftsförderung sei kaum in der Lage Anfragen von Gewerbetreibenden abzuarbeiten. Auch hier sei kein richtiger Ausweg erkennbar. Die Linksfraktion werde den Haushalt ablehnen.

Ratsherr Sund macht nochmal deutlich, dass die Abstimmung in der SPD freigegeben wurde. Dabei habe es sich die Faktion nicht leichtgemacht. Er trete nun als Sprecher der anderen Seite der Fraktion auf. Er finde es beachtlich, dass der Bürgermeister es während der heutigen Sitzung geschafft habe, noch mehr Fraktionsmitglieder der SPD-Fraktion zur Ablehnung des Haushaltes zu treiben. Die Zusammenarbeit auf Sachebene nehme er als gut war und Projekte können gut vorangetrieben werden. Dies gelte jedoch nicht für die Verwaltungsspitze. Für ihn sei mittlerweile ein Punkt erreicht, an dem das Vertrauen nicht mehr gegeben ist. Der Bürgermeister müsse aufhören, bei ungeliebten Projekten dagegen zu halten und anfangen zu moderieren. Beim Verkehrsversuch habe die Kommunikation des Bürgermeisters gefühlt nur noch durch die Zeitung stattgefunden. Dabei stünde mittlerweile nur noch die eigene Partei dahinter und fühle sich mitgenommen, alle anderen Fraktionen nicht. Dabei gehe es darum gemeinsam zu gestalten. Aber es verfestige sich der Eindruck, der Bürgermeister sei nicht dazu bereit, mit dem Rat zusammen zu arbeiten. Der Haushalt sei gut aufgestellt, er werde diesen aber aus vorgenannten Gründen ablehnen.

Die Haushaltsrede des **Ratsherrn Gawlik** ist dem Protokoll als **Anlage 4** beigefügt.

Beigeordneter Hinz macht deutlich, dass er nicht die Investitionen kritisiert. Es gehe ihm mehr darum, auf anderen Gebieten zu sparen. Es sei ihm zu wenig zur Effizienzsteigerung der Verwaltung erfolgt. Das vorhandene Personal müsse besser eingesetzt werden. An Ratsherrn Köneke gewandt macht er deutlich, dass es für den sozialen Wohnungsbau Grenzwerte gebe und eine Erhöhung nicht zwangsläufig zum Absenken der Schlüsselzahl führe. Dabei sei in Burgdorf sogar ein großer Teil aus dem Sozialbau herausgefallen. In diesem Zusammenhang plädiert er dafür, sozialen Wohnungsbau lieber selbst als Kommune durchzuführen, um Fördermittel direkt abgreifen zu können. Zur Burgdorf GmbH führt er aus, ein Berater der SPD-Fraktion habe deutlich gemacht, die Kommune müsse die Mehrheit der Anteile an der Gesellschaft ha-

ben. Zur Einrichtung seien sich dabei alle einig gewesen, nicht jedoch über die Ausgestaltung. Dabei sei ihm eine ausreichende Beteiligung des Rates wichtig gewesen. Der zunächst angedachte Beirat fasse keine Beschlüsse, so dass die Einrichtung eines Aufsichtsrates favorisiert worden sei. Nur so könne eine ausreichende Kontrolle durch den Rat erreicht werden. An Ratsherrn Fleischmann gerichtet stellt er klar, der Neubau der RBG sei durch den Festpreis sogar relativ kostengünstig gewesen. Andere Kommunen hätten bei ähnlichen Bauvorhaben weniger Glück gehabt. Durch den Neubau verfüge die Stadt Burgdorf jetzt über ein gutes und modernes Gebäude für die Schülerinnen und Schüler.

Bürgermeister Pollehn wiederholt, zur Burgdorf GmbH habe es unterschiedliche Positionen gegeben, die nicht zu einem Konsens geführt hätten. Es sei darum gegangen keinen Beirat, sondern ein Aufsichtsgremium einzurichten. Für ihn sei ein Beirat jedoch kein fröhliches Kekse-Essen, sondern ein ernstzunehmendes Gremium. Wenn dies der Punkt gewesen sei, an dem die Einrichtung der Burgdorf GmbH scheiterte, so schlägt er vor, die Gespräche zur Einrichtung der Burgdorf GmbH erneut aufzunehmen.

Ratsherr Sund begrüßt den Vorschlag.

Bürgermeister Pollehn äußert die Bitte, eine regelmäßige Gesprächsrunde der Fraktionsvorsitzenden einzurichten. So könnte ein sitzungsunabhängiger Austausch stattfinden und derartige Beschlüsse gemeinsam vorbereitet werden.

Beigeordneter Hinz stimmt dem Vorschlag zu.

Bürgermeister Pollehn macht deutlich, dass seinerseits kein Interesse bestehe, in dem beschriebenen Misstrauensbereich zu bleiben. Ihm gehe es darum, Dinge voranzubringen. Sofern der Haushalt abgelehnt werde, müssten die Beratungen erneut aufgenommen werden.

Ratsfrau Paul zweifelt, dass es möglich ist, das Vertrauen jetzt plötzlich wiederherzustellen. Dafür sei zu viel schiefgelaufen. Beispielsweise habe der Bürgermeister sich bei der Auswertung und anschließenden Diskussionen des Verkehrsversuchs im Fachausschuss zurückgehalten, während am darauffolgenden Montag in der Zeitung plötzlich der Abbruch des Versuches verkündet worden sei. Für sie sei unverständlich, weshalb er sich hierzu in der Sitzung nicht geäußert habe. Ein weiteres Bespiel sei die Vermietung des ehemaligen Gebäudes der RBG. Auch hierüber habe der Bürgermeister den Rat zu spät informiert. Sie habe oftmals den Eindruck, Themen würden erst angegangen, wenn sie zur Sprache gebracht werden. Es sei aber Aufgabe der Verwaltung, den Blick für das Gesamte zu haben. Ebenso müsse die Verwaltung darauf hinwirken, dass für interessante Grundstücke eine entsprechende Bauleitplanung erfolge. Sie würde sich wünschen, als ehrenamtliche Mandatsträgerin von der Verwaltung besser mitgenommen zu werden.

Bürgermeister Pollehn möchte die Anregungen in die Verwaltung mitnehmen. Er gibt aber auch zu bedenken, dass insbesondere in Sachen Klimaschutz und Versiegelung die Innen- vor der Außenentwicklung stehen solle. Er räumt ein, er hätte mehr erklären müssen. Den Vorwurf hinsichtlich des Verkehrsversuchs müsse er dagegen zurückweisen. In der Zeitung habe eine falsche Überschrift gestanden – ein Abbruch des Verkehrsversuchs sei von ihm nicht geplant gewesen. Dennoch nehme er die Kritikpunkte ernst und möchte, dass die Verwaltung der Politik die Informationen zukommen lässt, welche die Ehrenamtlichen für ihre Entscheidungen benötigen.

Ratsherr Schweer hat den Eindruck, es gehe bei der heutigen Haushaltsdebatte eher um eine Generalabrechnung mit dem Bürgermeister, als um den Haushalt selbst. Dies solle wohl auch politischer Brauch sein. Ausgangspunkt der Tagesordnung sei aber der Haushalt und hier sei er insbesondere von der SPD-Fraktion enttäuscht. Er habe die Arbeit in den Ausschüssen im zurückliegenden Jahr als sehr konstruktiv wahrgenommen und wundere sich über die heutige Verweigerungshaltung. Für ihn sei wichtiger, einen Konsens zu finden. Er selbst werde dem Haushalt zustimmen, auch wenn die Defizite eklatant seien.

Ratsherr Dr. Vehling verlässt, wie angekündigt, die Sitzung.

Ratsherr Wendt äußert großen Respekt gegenüber seinen Vorrednern und lobt Stadträtin Vierke und die Verwaltung für die Ausarbeitung des Haushaltes. Ihm falle es nicht leicht, den Haushalt abzulehnen. Zumal seine Grundmotivation darin bestehe, mitzugestalten. Ratsherr Gawlik habe von einem strukturellen Problem gesprochen. Der Bürgermeister der Gemeinde Uetze habe zuletzt in einem Interview hart gegen das Land gesprochen. Es gebe seit 40 Jahren den Trend, dass immer mehr Vermögende sich der Steuerpflicht entziehen. Skandale, wie der Cum-Ex-Skandal, kosteten den Staat Milliarden, die Bund, Ländern und Kommunen letztlich fehlten. Alle seien auf der Suche nach Lösungen, es könne aber nur mit den Vorgaben gearbeitet werden, wie sie vorgefunden werden. Dabei steige die pro Kopf Verschuldung erheblich und die Bürgerinnen und Bürger sorgten sich.

Ratsherr Sund wundert sich über die Emotionalität des Ratsherrn Schweer und weist den Vorwurf zurück, die SPD-Fraktion verhalte sich nicht kooperativ. Die SPD-Fraktion sei immer an einer Zusammenarbeit interessiert gewesen, nur werde diese hier nicht gesehen. Ein Blick in die Vergangenheit zeige zudem, die CDU-Fraktion habe oftmals den Haushalt abgelehnt, nur weil der Jahresabschluss nicht rechtzeitig vorgelegen habe. Die Fraktion habe dagegen zumindest dezidiert die Ablehnungsgründe aufgezeigt und stehen weiter für Verhandlungen zur Verfügung.

Ratsherr Nijenhof weist darauf hin, Ratsherr Köneke hätte eine längere Rede im Sozialausschuss gehalten, weswegen der Haushalt abgelehnt werden sollte. Später habe Beigeordneter Sieke im Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten ähnlich gesprochen. Seitdem habe es zwar keinerlei Änderungen im Haushalt gegeben, trotzdem werde jetzt von einer Zustimmung der CDU-Fraktion gesprochen. Er könne verstehen, wenn Kritikpunkte angebracht, dem Haushalt aber dennoch zugestimmt wird. Die Kehrtwende der CDU-Fraktion sei für ihn jedoch nicht nachvollziehbar. Er würde es begrüßen, wenn der Haushalt in einigen Punkten erneut geprüft und beraten würde.

Ratsherr Paul weist den Vorwurf der Verweigerungshaltung als verletzend zurück. Die SPD-Fraktion habe sich immer bemüht, diese Stadt voran zu bringen. Auch beim Verkehrsversuch habe es einen Konsens gegeben. Die CDU-Fraktion habe zudem in ihrer letzten Runde zum Haushalt ebenfalls getrennt abgestimmt. Wenn dies bei der CDU-Fraktion möglich sei, weshalb sollte die SPD-Fraktion nicht ebenso handeln dürfen. Der Rat habe insbesondere über den Haushalt die Möglichkeit Themen voranzutreiben.

Ratsherr Höfner stellt sich die Frage, warum einige Mitglieder den Haushalt ablehnen möchten. Bislang habe er keine vernünftigen Ablehnungsgrunde gehört.

Ratsherr Köneke vermutet, die Gegenreden in den Ausschüssen seien nicht richtig verstanden worden. Er habe in seiner Haushaltsrede deutlich gemacht, dass er auch heute nicht vollends zufrieden mit dem Haushaltsplan ist, aber dennoch zustimmen werde. Damit liege die Verantwortung zur Kosteneinsparung bei der Verwaltung.

Ratsherr Fleischmann wirft der CDU-Fraktion vor, unter diesen Umständen hätten sie auch die 11,6 Millionen Euro für den Bauhof-Neubau ablehnen müssen. Dann bliebe dem Rat heute mehr Entscheidungsfreiheit.

Ratsherr Nijenhof fragt, ob erst über den Antrag der FDP-Fraktion zum Stellenplan abgestimmt werden muss.

Ratsvorsitzende Meinig bejaht und stellt daher zunächst den FDP-Antrag zur Beratung und Abstimmung.

11. Bereitstellung von drei Stellen für die Wirtschaftsförderung über den Stellenplan 2025/2026 - Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: A 2024 0881/3

Ratsherr Gawlik erläutert die Absicht hinter dem Antrag, die Wirtschaftsförderung personell zu verstärken, um die beschlossenen Handlungsfelder besser umsetzen zu können. Dort seien noch über 100 Anfragen abzuarbeiten und dafür sei Unterstützung notwendig.

Bürgermeister Pollehn ergänzt, die drei Stellen müssten beschrieben, attraktiv vergütet und ausgeschrieben werden. Eine Aufstockung der Wirtschaftsförderung erachte er allerding nicht als zielführend. Die Tätigkeiten der Wirtschaftsförderung würden durch die Bereiche Stadtplanung und Bauordnung vorbereitet. Würde die Wirtschaftsförderung personell verstärkt, so müssten diese Bereiche ebenfalls aufgestockt werden.

Ratsvorsitzende Meinig teilt mit, der Verwaltungsausschuss hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, den Antrag abzulehnen.

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und einer Enthaltung mehrheitlich folgenden

Beschluss:
Der Antrag der FDP-Fraktion, die im Stellenplan 2025/2026 vorgesehene Erhöhung der „Planstellen Beschäftigte" in der Wirtschaftsförderung nicht wie in der BV vorgesehen um 1,5 Stellen, sondern um 3 Stellen vorzusehen, wird abgelehnt.

12. Entwurf Haushaltssatzung 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0873

Die Tagesordnungspunkte 12 – 13.1 werden gemeinsam behandelt und als s.g. En-Bloc-Abstimmung entschieden.

12.1. Entwurf Haushaltssatzung 2025/2026 - 2. Änderungsliste
Vorlage: BV 2024 0873/2

Der Rat fasst mit 14 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich folgenden

Beschluss:
Die dem Originalprotokoll als Anlage B beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Burgdorf für die Haushaltsjahre 2025/2026 wird beschlossen.

13. Entwurf Investitionsprogramm 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0877

13.1. Entwurf Investitionsprogramm 2025/2026 - Ergänzung
Vorlage: BV 2024 0877/1

Der Rat fasst mit 14 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich folgenden

Beschluss:
Gem. § 58 Abs. 1 Ziff. 9 NKomVG wird das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2025 bis 2029 in der sich aus der Anlage C „Entwurf Investitionsprogramm 2025/2026" zum Originalprotokoll ergebenden Fassung beschlossen.

14. Stellenplan 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0881

Die Tagesordnungspunkte 14 – 14.3 werden gemeinsam behandelt.

14.1. Stellenplan 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0881/1

14.2. Stellenplan 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0881/2

Ratsherr Nijenhof ist während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 15 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich folgenden

Beschluss:
Als Bestandteil des Haushaltsplanes 2025/2026 wird der dem Originalprotokoll als Anlage D beigefügte Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 beschlossen.

15. Haushaltssicherungskonzept 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0926

Ratsherr Nijenhof ist während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 14 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen mehrheitlich folgenden

Beschluss:
Gemäß § 110 Abs. 8 NKomVG wird das dem Originalprotokoll als Anlage E beigefügte Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2025 und 2026 in der Form, wie es sich unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltssatzung 2025/2026 ergibt, beschlossen.

Der Rat nimmt den Haushaltssicherungsbericht 2023 zur Kenntnis.

16. Leistungen von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
Vorlage: BV 2024 0932

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss:
Der Rat stimmt gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG i.V.m. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 500.000 € bei den Deckungskreisen 0081 und 0082 zu.

17. Prüfung von Klagemöglichkeiten gegen das Land Niedersachsen auf kostendeckende Aufgabenübertragung - Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: A 2024 0936

Die Tagesordnungspunkte 17 – 17.1 werden gemeinsam behandelt.

17.1. Prüfung von Klagemöglichkeiten gegen das Land Niedersachsen auf kostendeckende Aufgabenübertragung - Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: BV 2024 0936/1

Ratsvorsitzende Meinig gibt das Wort an Herrn Gawlik.

Ratsherr Gawlik erläutert den Antrag und die darin genannten Fehldeckungen durch das Land Niedersachsen. Ihm sei wichtig, hier ein klares Signal zu setzen. Die Verwaltung möge prüfen, ob eine Klage gegen das Land Niedersachsen aussichtsreich wäre. Im Rahmen der Beratungen wurde die Beschlussempfehlung dahingehend angepasst, dass der Präsident des Niedersächsischen Städtetages zu einer Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten eingeladen werden solle, um Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Mit einem Schuldenstand von 30 Millionen Euro jährlich könne es nicht weitergehen.

Herr Nijenhof findet den Antrag grundsätzlich gut, hat jedoch Sorge, dass für horrende Kosten eine Anwaltskanzlei eingeschaltet wird. Er beantragt die Be-

schlussempfehlung dahingehend abzuändern, dass die Klagemöglichkeit durch die Verwaltung geprüft wird. Gerade bei der Kindertagesbetreuung leiste das Land keinesfalls das, was es versprochen hat.

Der **Rat** einigt sich darauf, die Nummer 3 des Beschlussvorschlages dahingehend umzuformulieren, dass die Klagemöglichkeit durch die Verwaltung geprüft wird.

Ratsvorsitzende Meinig stellt die abgeänderte Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Ratsfrau Buhndorf ist während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss:

Zur Erreichung einer kostendeckenden Aufgabenübertragung vom Land auf die Stadt Burgdorf wird die Verwaltung beauftragt dreistufig vorzugehen:

1) **Das Land Niedersachsen wird aufgefordert, die Sachlage darzustellen und zu erläutern, wie die Finanzierung der Kommunen in der Zukunft gesichert werden kann/soll.**

2) **Der Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages wird in eine der nächsten Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten mit der Bitte um Erläuterung und Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten eingeladen.**

3) **Die rechtlichen Möglichkeiten einschließlich der Klagemöglichkeit werden durch die Verwaltung geprüft.**

18. Antrag der Gruppe WGS FreieBurgdorfer „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!" vom 16.05.2023
Vorlage: A 2023 0391/2

- abgesetzt -

19. Resolution gegen Gewalt in Flüchtlingsunterkünften - Antrag der Fraktion die Linke
Vorlage: A 2024 0915

19.1. Resolution gegen Gewalt in Flüchtlingsunterkünften - Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 03.12.2024
Vorlage: A 2024 0915/2

19.2. Resolution gegen Gewalt in Flüchtlingsunterkünften - Antrag der Fraktion die Linke
Vorlage: BV 2024 0915/1

- abgesetzt -

20. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen gemäß Geschäftsordnung vor.

Einwohnerfragestunde

Fragen werden nicht gestellt.

Ratsvorsitzende Meinig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:21 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister | Ratsvorsitzende | Protokollführerin